



**GEMEINSAM**  
für soziale  
Gerechtigkeit

**ENSEMBLE**  
pour la justice  
sociale

**INSIEME**  
per la giustizia  
sociale

**UNIA**

## Resolution

# **Gegen antisoziale Prämienerhöhungen: Es braucht eine Reform der Krankenversicherung!**

Anfang 2025 mussten die Arbeitnehmenden und Rentner:innen eine weitere Erhöhung der Krankenkassenprämien von 6 Prozent hinnehmen. Für 2026 ist ein durchschnittlicher Anstieg von 4,4 Prozent angekündigt. 30 Jahre Erfahrung zeigen, dass die mit dem KVG versprochenen Ziele der Kostendämpfung, Gesundheitsversorgung und Solidarität nicht erreicht wurden. Gemäss den Expert:innen können sich 25 Prozent der Versicherten nicht behandeln lassen, weil ihnen das Geld dafür fehlt. Die Ausstände bei den Krankenkassenprämien und bei medizinischen Kosten gehören daher in der Schweiz zu den Hauptgründen für eine Verschuldung. Die vorgeschlagenen Massnahmen zur Reduktion der Prämien (Hausarzt- oder HMO-Modell usw.) schränken in Wahrheit die Freiheit der Versicherten ein. Dies mit der Begründung, dass die Versicherten für die stetige Zunahme der Kosten verantwortlich seien. Es sind jedoch nicht die Versicherten, die entscheiden, die medizinischen Massnahmen auszuweiten.

Die Finanzierung unserer Gesundheitsversorgung, die durch das unsozialste System, das es gibt, in Form von Kopfprämien unabhängig von Einkommen, Alter und Erwerbstätigkeit erfolgt, ist am Ende. Seit der Covid-Pandemie haben sich die Arbeitsbedingungen des Pflegepersonals ständig verschlechtert, was die Abwanderung des Personals verstärkt hat. Mit der Reform der Finanzierung der Gesundheitsleistungen (EFAS), die 2024 vom Volk knapp angenommen wurde, dürfte sich die Situation in den kommenden Jahren noch verschlimmern. Die ständigen Bemühungen der privaten Versicherer, den gewinnbringenden Bereich der Zusatzversicherungen auszubauen, und die Gewinnmaximierung sind nach wie vor der Antrieb des Schweizer Krankenversicherungssystems. Zudem verhindert das Fehlen einer echten Arbeitsmedizin und einer einheitlichen Präventionspolitik die Verabschiedung von Massnahmen zur Kostenreduktion, die sich nicht auf die Versorgungsqualität auswirken.

Aus diesem Grund fordern wir:

- Die Schaffung eines Systems einer oder mehrerer öffentlicher Krankenkassen auf Bundes- oder Kantonsebene.
- Das Finanzierungssystem muss die öffentliche Finanzierung der Grundversorgung gewährleisten, faire Arbeitsbedingungen für das Personal an vorderster Front sicherstellen und der Leistungsfähigkeit der Versicherten Rechnung tragen.
- Echte Transparenz über die Funktionsweise des neuen Systems, insbesondere bezüglich Prämienfestsetzung und Verwaltung der Reserven.
- Vollständige Trennung der obligatorischen Versicherung und der privaten Zusatzversicherungen.
- Einführung einer einheitlichen Präventionspolitik, mit dem Ziel, vor dem Auftreten von Krankheiten und anderer gesundheitlicher Beeinträchtigungen zu handeln.
- Entwicklung einer staatlichen Arbeitsmedizin und einer besseren Anerkennung der Berufskrankheiten.

In diesem Sinn arbeiten wir mit dem SGB im Rahmen einer grossen Koalition am Entwurf für eine Initiative, die die Situation der Versicherten verbessert und gute Arbeitsbedingungen sichert. Parallel stärken wir den Gewerkschaftsaufbau, insbesondere im Pflegebereich. Die Unia wird sich zusammen mit den anderen Partnern aktiv in allen Schritten dieser Kampagne engagieren.